

Laudatio 2008

Professor Dr. Arnulf Baring

Meine Damen und Herren, verehrte Anwesende, lieber Donal O'Sullivan,

Bitte erlauben Sie mir, ehe ich auf die heutige Preisverleihung zu sprechen komme, eine persönliche Vorbemerkung. Ich bin glücklich, unter den Anwesenden Ernst Nolte und seine Frau zu entdecken. Ich hatte schon von Herrn Kronauer gehört, welche wichtige, anregende Rolle er in der Stiftungsarbeit spielt. Das freut mich. Das befriedigt mich. Ich halte Ernst Nolte für den bedeutendsten Gelehrten, den ich während der gemeinsamen Jahrzehnte an der Freien Universität erlebt habe. Und es grämt mich noch immer, erregt mich immer weiter, dass dieser große Kollege im so genannten Historikerstreit vor zwanzig Jahren auf eine beklagenswerte Weise um die öffentliche Anerkennung gebracht worden ist. Er wird in Italien sehr geachtet, spielt auch in Frankreich eine Rolle. In Deutschland wird er noch immer weit hin geächtet, wobei die meisten seiner Kritiker von Noltes Schaffen kaum eine Ahnung haben. Das Schicksal dieses Mannes ist eine Schande für uns alle.

Doch nun zu Ihnen, Herr O'Sullivan. Ihr Buch, dessentwegen wir heute zusammen gekommen sind, ist zwar schon vor fünf Jahren erschienen. Aber mir scheint, dass es erst in diesen Tagen wirklich die Aufmerksamkeit finden kann, die es verdient. Lange Zeit gab sich der Westen der Hoffnung hin, die mit Michail Gorbatschow und Boris Jelzin eingeleitete, dann fortgesetzte Politik werde Russland zu einem berechenbaren, verlässlichen Partner des Westens machen. Der Kalte Krieg sei eine Sache der Vergangenheit, die Erinnerung an die Politik Stalins sei nur noch von rein historischem Interesse.

Seit vor mehr als acht Jahren Wladimir Putin an die Spitze Russlands gelangte, hat sich diese Erwartung, diese Hoffnung mehr und mehr zumindest als verfrüht, wenn nicht rundheraus als falsch erwiesen. Der frühere - und vielleicht künftige - russische Präsident und jetzige Ministerpräsident hat in den vergangenen Jahren wiederholt betont, für ihn sei der Untergang der Sowjetunion die größte Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts. Das ist eine bemerkenswerte Feststellung. Sie lässt völlig außer Acht, was in Deutschland und auch in anderen Ländern auf die Frage nach dem größten Unheil geantwortet werden würde. Bei uns würden ohne Zögern die nationalsozialistischen Massenmorde, von einigen auch die noch viel umfangreicheren sowjetischen Massenmorde als die schlimmsten Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts bezeichnet werden. Angesichts der vielen Millionen Menschen, die in Folge braunen und roten Vernichtungswillens elend ums Leben kamen, würde man allerdings bei uns vermutlich darüber streiten, ob Rassenmord nicht verabscheuungswürdiger sei als Klassenmord. Aber diese Kontroverse müssen wir hier auf sich beruhen lassen.

Bereits zu Zeiten des Zusammenbruchs der Sowjetunion hat es russische Überlegungen und Planungen gegeben, wie man mit Hilfe örtlicher Mitarbeiter in den früheren Satellitenstaaten, also unter Einbeziehung sowjettreuer lokaler Interessenvertreter, Einflussagenten, in den jetzt unabhängigen Ländern, längerfristig darauf hinarbeiten könne, den vormaligen Einflussbereich der Sowjetunion nach und nach zurück zu gewinnen – zunächst gebremst, später mehr und mehr wirksam, am Ende vielleicht sogar in vollem Umfang.

Schon in der Jelzin-Ära, also in den neunziger Jahren, wurde in der russischen Politik die Frage aufgeworfen, ob das „nahe Ausland“ nicht zur Rücksichtnahme zumindest auf außenpolitische und militärische Interessen Russlands verpflichtet sei. Manche Stimmen gingen noch weiter: auch in der Innenpolitik der neuerdings unabhängig gewordenen Staaten sei in gewissem Umfang russischen Empfindlichkeiten Rechnung zu tragen. In diesem Jahr, im August 2008, ist überdeutlich geworden, dass die russische Politik an der Wunschvorstellung festhält, ja die Forderung erhebt, frühere sowjetische Territorien, die inzwischen selbständig

geworden sind, nichts desto trotz zur Rücksichtnahme auf russische Interessen zu verpflichten. Das gilt offenkundig besonders im südlichen Kaukasus, also in Georgien, Aserbaidschan, in Armenien sowieso. Aber auch in der Ukraine bahnen sich deshalb Konflikte an. Einmal wegen einer Verlängerung der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol. Zum anderen wegen des starken russischen Bevölkerungsanteils im Osten der Ukraine und im Süden, auf der Krim. Sie ist bekanntlich von Chruschtschow vor Jahrzehnten, nämlich 1954, der Ukraine geschenkt worden. War das staatsrechtlich, völkerrechtlich wirksam? Das lässt sich bezweifeln. Wie auch immer: Auf jeden Fall wurmt es jetzt Moskau. Die russische Führung hat in den letzten Jahren unter den auf der Krim lebenden Russen großzügig russische Pässe verteilt – ähnlich wie in den - bisher georgischen - Gebieten Abchasien und Südossetien. In den baltischen Staaten, die inzwischen der Nato und der EU angehören, scheint die Lage stabiler. Doch ist es zweifelhaft, ob es dabei auf Dauer bleibt. Denn schon jetzt sieht man, dass Russland eigene Landsleute in diesen Staaten nach wie vor als Russen betrachtet. Moskau beansprucht, für deren Sicherheit und Wohlergehen verantwortlich zu sein. Da die russische Minderheit beispielsweise in Lettland von beträchtlicher Größe ist, sind hier künftige Konflikte absehbar.

Ich kann diese Thematik freilich hier nicht weiter ausbreiten. Mit meinen Andeutungen will ich nur daran erinnern, dass Russland unter Putin mehr und mehr zum Denken in Einflusszonen zurückkehrt. Moskau beansprucht Mitsprachen auch jenseits der gegenwärtigen russischen Grenzen. Wenn die heutige Führung dabei bleibt, werden Konflikte mit dem Westen unvermeidlich sein. Und er, der Westen, ist ja in den letzten Jahren größer geworden, bis an die russischen Grenzen gewachsen. Die neuen ostmitteleuropäischen Mitglieder der Nato und der EU, und nicht nur sie, fordern energisch dazu auf, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten. Sie lehnen verständlicherweise - mehr oder weniger heftig – das russische Denken in Einflusszonen als Rückfall in die imperialistische Vergangenheit der Sowjetunion vehement ab, haben sie doch jahrzehntelang unter der Knute des Kreml gelitten.

Und damit sind wir bei Donal O'Sullivan's Werk. Stalins strategisches Ziel war, sagt er, den nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen „Cordon sanitaire“ gegen die Expansionsbestrebungen der Sowjetunion in sein Gegenteil zu verwandeln, also zu einer abgeschotteten sowjetischen Einflusssphäre zu machen. Sie bestand in Moskauer Sicht aus drei unterschiedlichen Bereichen. Der erste war die unmittelbar angrenzende Region, zu der etwa Polen und Rumänien gehörten. Im zweiten, entfernteren, fanden sich Ungarn, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Albanien. Und drittens gab es das gemeinsam mit den Westalliierten besetzte Deutschland.

Die Expansion der Sowjetunion in diese drei Räume untersucht O'Sullivan in drei Etappen. Einem einführenden, außerordentlich anschaulichen Teil über die Entscheidungswege der damaligen sowjetischen Außenpolitik folgen Abschnitte über die stille Allianz mit Hitlers Deutschland zwischen 1939 und 1941, dann die militärische und politische Kooperation mit den Westmächten zwischen 1942 und 1944 sowie von 1945 bis 1949 die Anfangsphase des Kalten Krieges. Die Analyse der sowjetischen Motive, Ziele und Verhaltensweisen wird durch die Darstellung der westlichen Reaktionen, also Londons und Washingtons, ergänzt.

Ich halte die Schilderung des permanenten Hin und Her zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten für besonders gelungen. Denn der Zeitraum zwischen 1939 und 1949 wurde in der westlichen Russlandforschung lange sehr einseitig diskutiert. Da es eine seriöse sowjetische Forschung nicht gab, war der Streit über die Deutung jener Phase eine ausschließlich innerwestliche Kontroverse, weil westliche Historiker wesentlich auf westliche Quellen angewiesen waren. Die zunächst dominierende klassische Schule betonte die heftige, frühzeitige sowjetische Aggressivität, die die Kriegscoalition zwangsläufig beendet und zur Konfrontation geführt habe. Seit den späten fünfziger Jahren machte hingegen eine revisionistische Schule von sich reden. Sie sprach von westlicher Aggressivität, die die Sowjetunion gezwungen habe, ihrerseits Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die innerwestlichen Kontroversen über die sowjetische Außenpolitik spielen auch heute, nach der partiellen Öffnung russischer Archive, bei der Auswertung, der Interpretation neuer Quellen eine Rolle. Da es immer noch kaum zusammenfassende Darstellungen gibt, ist die vorliegende Untersuchung ein wichtiger Beitrag zur Deutung der Abläufe im Jahrzehnt zwischen 1939 und 1949. In der Regel zieht unser Preisträger nicht ungedruckte, von ihm selbst erschlossene Akten heran. Er beruft sich auf die zahlreichen russischen Editionen. Ihr Erkenntniswert ist natürlich abhängig vom jeweiligen Problemkreis, von den jeweiligen Fragestellungen. Was wir über die Entscheidungsprozesse im Kreml, über das Denken Stalins und über die verschiedenen, widersprüchlichen Begründungsmuster seiner Aktionen wissen, ist immer noch lückenhaft. Aber im Maße des Möglichen hat O'Sullivan die unterschiedlichen Antriebe der Stalinschen Außenpolitik detailliert und anschaulich dargelegt.

Methodisch folgt seine Analyse den Vorgaben traditioneller Diplomatiegeschichte. Das mag auf manche altmodisch wirken. Ich begrüße es. Denn scheinbar modernere Ansätze haben in den letzten Jahren oft weniger zur Erhellung der Zusammenhänge beigetragen, als ihre Verfasser anzunehmen scheinen. Man kann, zumal im hier behandelten Zeitraum, die sowjetische Außenpolitik weitgehend abgekoppelt von der innenpolitischen Entwicklung der Sowjetunion durchaus erfolg versprechend untersuchen.

Konzeptionell greift O'Sullivan bei der Interpretation des beginnenden Kalten Krieges auf die Thesen der (eben schon erwähnten) traditionellen Schule zurück. Der ideologische Revolutionsexport einerseits und ein halbwegs rationaler nationalistischer, imperialistischer Expansionismus andererseits sind für ihn die beiden Triebkräfte der sowjetischen Außenpolitik jener Jahre. Dabei hat der Autor die bisherigen Betrachtungsweisen sehr differenziert kombiniert, hat langfristige Planungen und impulsive Initiativen in ihrem immer wieder wechselnden Mischungsverhältnis einfühlsam dargestellt.

Stalin, meint unser Autor, habe keinen konkreten Plan einer kommunistischen Welteroberung besessen. Auch seine Risikobereitschaft sei begrenzt gewesen. Das ist sicher richtig – zumindest dann, wenn man ihn mit Hitler vergleicht, der mehr und mehr aufs Ganze ging, alles auf eine Karte setzte.

O'Sullivan nennt Stalins Außenpolitik pragmatisch. Ich muss gestehen, dass ich mit diesem Begriff nicht viel anfangen kann. Ich erinnere mich, dass Konrad Adenauer meinte, das Wort „pragmatisch“ gebe zwar der Rede einen gewissen Glanz, sage aber im Grunde nichts aus. Lassen wir das auf sich beruhen. O'Sullivan hat sicher Recht, wenn er Stalins Außenpolitik aus ihren teils revolutionären, teils imperialen Elementen und deren wechselnden Mischungsverhältnissen erklärt. Im Ergebnis kommt O'Sullivan zu dem Schluss, dass es eine Kontinuität gab zwischen den imperialen russischen Traditionen und der Außenpolitik des roten Kremlherrn.

O'Sullivan sagt, Stalin habe sich im August 1939 mit Hitler verbunden, um ihm beim kommenden Krieg gegen die Westmächte den Rücken zu stärken. Das leuchtet ebenso ein wie seine Behauptung, der Berliner Besuch Molotows im November 1940 sei ein zentraler Wendepunkt in den deutsch-sowjetischen Beziehungen gewesen. Konfrontiert mit den sowjetischen Forderungen kam die deutsche Führung zu der Überzeugung, dass Stalin sie zu erpressen versuche. Rabiät wolle der Kremlherrscher den Preis für das Bündnis in die Höhe treiben. Ein formelles Bündnis mit den Achsenmächten sei möglich, erklärte Molotow nach seiner Rückkehr dem deutschen Botschafter Schulenburg in Moskau. Aber nur dann, wenn russischen Interessen Rechnung getragen würde. Stalin verlangte, Finnland, Bulgarien und Rumänien sowjetischem Einfluss zu unterwerfen. Moskau wollte außerdem die Donauschifffahrt, die Ostseeausgänge und die Meerengen kontrollieren. Hinzu kam die verlangte Anerkennung sowjetischer Interessen an Ungarn, Jugoslawien, Griechenland, Restpolen, dem Persischen Golf und einiges andere mehr. Spätestens von diesem Zeitpunkt an war der große Ostkrieg unvermeidlich.

Nachdem Deutschland im Jahr darauf, im Juni 1941, die Sowjetunion angegriffen hatte, woraufhin Moskau und die beiden Westmächte sich miteinander arrangieren mussten, war Stalin kaltblütig genug, sich die territorialen Gewinne aus dem Hitler-Stalin-Pakt garantieren zu lassen. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien waren hin- und her gerissen. Einerseits waren sie bereit, die Sowjetunion als traditionelle Großmacht mit legitimen Sicherheitsinteressen zu akzeptieren. Es blieb ihnen ja auch kaum etwas anderes übrig. Andererseits hofften sie, dass sich ihre Vorstellungen freiheitlicher Demokratien und liberaler Gesellschaftsordnungen auch in Osteuropa ausbreiten würden. Aber sie besaßen nicht die Möglichkeit, ihre Ideale in der Wirklichkeit durchzusetzen. Um den Krieg zu gewinnen, mussten sie Stalin nach Kräften stützen. Über eigene Machtmittel in Osteuropa verfügten sie nicht. Erschwerend - und für die Ostmitteleuropäer tragisch - kam hinzu, dass sie die dortigen Länder wenig kannten, traditionell kaum Interesse an ihnen hatten.

Obendrein machten sie sich Illusionen. Obwohl frühzeitig in reichem Maße Informationen über die Terror- und Willkürherrschaft im sowjetischen Machtbereich vorlagen, wurde dieses Wissen nur ungenügend berücksichtigt. Präsident Roosevelts Zuversicht, er könne seine „persönliche Diplomatie“ mit Stalin unter Umgehung der Fachleute erfolgreich betreiben, ging einher mit einer Täuschung der amerikanischen Öffentlichkeit über den Charakter der sowjetischen Diktatur. Da während des Krieges das Bild der Sowjetunion in der westlichen Öffentlichkeit von den Regierungen wesentlich mit Hilfe der Zensur geprägt werden konnte, gelang es den westlichen Alliierten, ihre ruppigen Verbündeten, zumal „Onkel Joe“, in einem positiven Licht zu zeichnen. Währenddessen drang die Rote Armee brutal in Osteuropa ein, um jahrzehntelang die besetzten Territorien zu beherrschen. Und das sollte mehr heißen als frühere militärische Okkupationen. Stalin hatte intern frühzeitig erklärt, dieser Krieg sei anders als frühere Kriege. Diesmal werde man den besetzten Ländern gewaltsam neue Strukturen auferlegen.

Nach O'Sullivan folgte das sowjetische Vorgehen in Osteuropa einer Strategie vorsichtiger Expansion. Ich bin mir nicht sicher, ob man wirklich von Vorsicht sprechen kann. Meines Erachtens war Stalin klar, dass ein terroristisches Sowjetsystem nicht über Nacht installiert werden konnte. Außerdem musste er, schon wegen der von ihm angestrebten, maßgeblichen Mitsprache in deutschen Angelegenheiten, ein Minimum an demokratischen und freiheitlichen Tendenzen tolerieren, um die Westmächte so lange wie möglich nicht offen herauszufordern.

Aber wir alle kennen die Äußerung, die Weisung Walter Ulbrichts an seine Leute kurz nach Kriegsende: Alles solle demokratisch aussehen. Aber die Kommunisten müssten sorgfältig darauf achten, das Heft des Handelns nie aus der Hand zu lassen. Stalin dachte gewiss ebenso. Hielt er sich nach außen hin einigermaßen ruhig –wird er sich gedacht haben -, konnte er hoffen, nach kurzer Zeit ganz Westeuropa, nicht nur ganz Deutschland, dem eigenen Machtbereich einzuverleiben. Hatte nicht Roosevelt auf der Jalta-Konferenz im Februar 1945 Stalin den Abzug der Amerikaner aus Europa binnen zweier Jahre in Aussicht gestellt? O'Sullivan nennt diese Ankündigung des amerikanischen Präsidenten eine seiner „folgenreichsten Fehlentscheidungen“. Mit dieser Aussicht im Hinterkopf lag es in Stalins Interesse, zumindest bis 1947 spektakuläre kommunistische Umgestaltungen auf breiter Front zu vermeiden.

Insofern kann man O'Sullivan zustimmen, wenn er sagt, Stalin sei anfangs durchaus bereit gewesen, auf die Westmächte Rücksicht zu nehmen. Als Beleg führt er den anfänglichen Verzicht auf gewaltsame sozioökonomische Umgestaltungen in osteuropäischen Staaten an. In den gleichen Zusammenhang gehört der Hinweis, Stalin habe zunächst freie Wahlen in Ungarn und der Tschechoslowakei geduldet.

O'Sullivan betont allerdings zu Recht, die UdSSR habe von Anfang an verlangt, die in ihren Machtbereich geratenen Staaten hätten sich ihr unterzuordnen. Das hat im Laufe einiger Jahre bekanntlich dazu geführt, dass sie in Satelliten verwandelt wurden. Stalin bestand auf einer rigorosen Überwachung seiner Gefolgsleute in den osteuropäischen Ländern. Er war

entschlossen, sie stets die Hand des Meisters spüren zu lassen. Weil sich die jugoslawischen Kommunisten, durch ihre Partisanenguerilla im Zweiten Weltkrieg geschult, der Einbeziehung in den sowjetischen Herrschaftsbereich erfolgreich widersetzen, musste ihre Unbotmäßigkeit, vom Kreml aus gesehen, unvermeidlich zum Bruch zwischen Stalin und Tito führen.

Die Wende zum Kalten Krieg kam zustande, weil die Westmächte die sowjetische Hartnäckigkeit zunehmend als Bedrohung ihrer eigenen Interessen verstanden. Die amerikanische und die britische Politik waren mehr und mehr durch das brutale Vorgehen ihres bisherigen Bündnispartners irritiert. Man wurde sich der Tatsache bewusst, die ideologische Komponente der sowjetischen Weltsicht während des Krieges weitgehend ausgeblendet zu haben. Inzwischen erboste man sich über die rabiante Sprache und das entsprechende Verhalten der Russen, war auch persönlich von Stalin enttäuscht, fühlte sich getäuscht. Allzu lange waren die Westmächte außerstande gewesen, die Illusion stabiler, ja freundschaftlicher Beziehungen zur UdSSR fahren zu lassen. Das bereuten sie jetzt.

Der Kremlherrscher hatte allzu sehr die Geduld seiner Partner der Kriegscoalition strapaziert. Er hatte seine Fähigkeit überschätzt, die westlichen Mitspieler dauerhaft hinters Licht zu führen. Außerdem täuschte sich die Kremlführung, wenn sie glaubte, die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten müssten zwangsläufig zum Konflikt zwischen ihnen führen, jedenfalls eine gemeinsame Front gegen die Sowjetunion verhindern. Stalin erkannte zu spät, dass die sowjetische Unterjochung Osteuropas den Westen einte. Die zunehmend harte Haltung seiner früheren Partner empfand Stalin allerdings als Angriff auf seine Einfluss-sphäre, so dass er die Sowjetisierung der besetzten Länder intensivierte.

Der Kalte Krieg, so lautet das Fazit des Autors, war das Resultat einer Dynamik von Interessengegensätzen, Missverständnissen, Täuschungsmanövern und Illusionen. Die traditionelle Auffassung, die Ursache des Kalten Krieges habe wesentlich am sowjetischen Expansionsstreben gelegen, wird von O'Sullivan behutsam relativiert. Dabei wird er keineswegs zu einem Anhänger der Revisionisten, die bekanntlich dem Westen die Hauptschuld an der Entstehung des Kalten Krieges gegeben haben. Es war alles viel komplizierter.

Der Mut zu einer neuen, differenzierten Bewertung des Verhaltens beider Seiten gehört zu den Stärken der Untersuchung, die wir heute hier würdigen. Ebenso erfreut die kritische, nachdenkliche Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Forschungsstand. Dank der vielen unterschiedlichen Quellen, die O'Sullivan herangezogen hat, ist ein anschauliches, in vielen Facetten neues Bild eines fatalen Jahrzehnts entstanden.

Erst in unseren Tagen gelang es, die Unterjochung Ostmitteleuropas durch die UdSSR rückgängig zu machen und damit der Erneuerung dieses geschundenen Raumes den Weg zu bereiten. Wer wirklich verstehen will, wie es vor sechzig Jahren zur Teilung Europas kam, sollte O'Sullivans Werk sorgfältig studieren.

Wir freuen uns alle, dass Sie viel Zeit und Kraft auf die Erhellung der damaligen Zusammenhänge verwandt haben. Wir beglückwünschen Sie - und uns.

Wir danken Ihnen.